

Höchste Zeit



Marc Hagedorn
über Nouris Zukunft

Konzepte und Überzeugungen sind eine gute Sache. Denn das heißt: Man hat einen Plan, und diesen Plan wird man konsequent verfolgen. Ein Problem hat man, wenn sich herausstellt, dass dieser Plan nicht funktioniert. Dann wird es höchste Zeit, etwas zu korrigieren, damit man sich nicht verrennt.

Alexander Nouri hat mit Werder einen Plan. Er sieht vor, Werder defensiv besser zu machen und in einem zweiten Schritt auch offensiv zuzulegen. Teil eins des Plans funktioniert halbwegs, bei Teil zwei hakt es. Und zwar dramatisch.

Nouri, der in der vergangenen Saison gute und unerwartete Ideen hatte, wirkt in dieser Spielzeit festgelegt: immer dieselbe Grundordnung, meist dieselben Spieler. Die formschwachen Bartels und Bauer sind gesetzt. Und obwohl vorne nichts klappt, gibt es kaum Einsatzzeit für das Top-Talent Johannes Eggstein und überhaupt keine Chance mehr für Aron Johannsson. Nouri zieht seinen Plan durch, dass es fast schon trotzig wirkt.

Immerhin: Gegen Gladbach hat Nouri zur Pause reagiert, Ordnung und Personal getauscht. Es war höchste Zeit dafür. Denn sonst rennt ihm irgendwann die Zeit davon. Die Partie in Köln könnte schon Nouris Endspiel sein.

Bericht Seite 25
marc.hagedorn@meinwerder.de

Harte Pläne



Adelheid Wölfl
über Sebastian Kurz

Die Machtübernahme fand nicht diesen Sonntag, sondern bereits Wochen vor der Wahl statt. Sebastian Kurz gestaltet die österreichische Innenpolitik eigentlich bereits seit Mai. Und wirkt dabei so, als hätte er bereits die Mehrheit hinter sich. Die Gelassenheit des 31-Jährigen war tatsächlich bemerkenswert, auch seine Höflichkeit. Sie verdeckt die mitunter harten Pläne. Der Mann, der nun davor steht, der jüngste Kanzler der Republik zu werden, will alte und traditionelle Strukturen aufbrechen, 21 Sozialversicherungen und die Zwangsmitgliedschaft in der Wirtschafts- und in der Arbeiterkammer abschaffen. Das war bisher nicht denkbar.

Doch Kurz kann mit dem guten Abschneiden auch parteiintern durchregieren. Versprochen hatte er, die Steuern zu senken und die Situation für Unternehmer und für den Mittelstand zu erleichtern. Die Hauptbotschaft, mit der er aber die Wahlen gewann, war die illegale Migration. Damit kopierte Kurz viele Themen des Freiheitlichen Heinz-Christian Strache. Vieles hängt nun davon ab, wie hoch der Preis ist, den die ÖVP bereit ist an die FPÖ für eine Koalition zu bezahlen. Mit einem FPÖ-Chef Strache als Vizekanzler.

Bericht Seite 15
politik@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Jörg Niemeyer (komm.)
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralschick: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor: Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Harm Bengen

Und sie kann doch noch gewinnen



Norbert Holst
über die SPD

Wieder einmal ein Wahlkrimi in Niedersachsen. Und wer hätte das gedacht: Die SPD kann doch noch Wahlen gewinnen! Zwar hat Stephan Weil keine klare Mehrheit bekommen und für eine Fortsetzung von Rot-Grün dürfte es wohl nicht reichen, dennoch ist das Ergebnis ein persönlicher Triumph für den alten und neuen Ministerpräsidenten. Schier aussichtslos lagen die Genossen in Niedersachsen lange Zeit zurück. Auch zuletzt lief es keineswegs rund: Vergabeaffäre, VW-Skandal und eine chaotische Schulpolitik sind die Stichworte.

Das Vertrauen der Wähler in den Ministerpräsidenten konnte all das nicht erschüttern. Gesiegt hat am Ende Stephan Weils Regierungsstil: omnipräsent im Land, ruhig, ausgleichend, unideologisch, pragmatisch. Das Wahlergebnis zeigt: Mit entsprechender Personalausstattung kann die SPD gewinnen und auch Volkspartei sein.

An Weil hat sich Herausforderer Bernd Althusmann die Zähne ausgegeben. Ihm ist es nicht einmal im Ansatz gelungen, eine Wechselstimmung im Land zu erzeugen. Allzu oft wirkte der CDU-Spitzenkandidat im Wahlkampf beherrschend und künstlich auf Krawall gebürstet. Das kam beim Wahlvolk schlecht an. Es fehlte die klare Botschaft, was die Christdemokraten eigentlich besser und anders machen würden als der populäre Ministerpräsident. Vor allem gelang es Althusmann nicht, das Geschmäckle im Fall der ins CDU-Lager abgewanderten ehemaligen Grünen-Abgeordneten Elke Twesten

auszuräumen. Bei vielen Wählern blieb der Verdacht haften, die niedersächsische CDU habe Twesten mit Karriereversprechen eingekauft und zum Bruch der rot-grünen Koalition bewegt. So wurde das Platzen von Rot-Grün in Niedersachsen nicht als Scheitern des Ministerpräsidenten empfunden, sondern als Verrat einer einzelnen Abgeordneten.

Klar, das Ergebnis der Bundestagswahl hat Althusmanns ohnehin schwierigen Job nicht einfacher gemacht. Aber es ist dem CDU-Mann nicht einmal gelungen, den eklatanten Schwachpunkt der rot-grünen Landespolitik – das augenscheinliche Versagen in der

Das Ergebnis ist ein persönlicher Triumph für Stephan Weil.

Bildungspolitik – glaubhaft zu attackieren. Auch der Versuch, Weil mit dessen wenig überzeugendem Taktieren in der VW-Dieselaffäre zu stellen, verfiel nicht. Denn auch die Vorgänger im Amt, die CDU-Ministerpräsidenten David McAllister und Christian Wulff, hatten wenig Distanz zum Weltkonzern gehalten.

Die kleinen Parteien hatten es schwer, angesichts des Zweikampfs zwischen Weil und Althusmann mit ihren Botschaften durchzudringen. Bei der Bundestagswahl waren sie noch die glänzenden Sieger, in Niedersachsen sind sie ziemlich gerupft da. Die mitregierenden Grünen mussten erhebliche Verluste einstecken. Auch das war unter anderem ein Effekt des Falles Twesten. Immerhin hat die

Ökopartei ihr Ziel erreicht, drittstärkste Kraft im Land zu bleiben. Die FDP muss nach ihrem Triumph bei der Bundestagswahl erkennen, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. In Niedersachsen haben die Liberalen Stimmen verloren und bekamen damit auch die Quittung dafür, sich vorab gegen eine mögliche Ampel-Koalition zu positionieren. Tragisch ist das Wahlergebnis für die Linken: Erneut konnten sie in einem westlichen Bundesland leichte Gewinne verbuchen, aber der erhoffte Einzug in den Landtag wurde knapp verfehlt. Die AfD wurde von den Wählern kräftig ausgebremst. Es ist die Lehre aus dem kurzen, aber knackigen Wahlkampf in Niedersachsen: Wenn die Bürger in SPD und CDU echte politische Alternativen erkennen, dann bleibt das Lager der Protestwähler recht überschaubar.

Stephan Weil steht nun mit der Regierungsbildung vor einer schwierigen Aufgabe. Vermutlich wird es in Richtung Große Koalition gehen. Auch eine Ampel wäre rechnerisch möglich, dürfte aber am Nein der FDP scheitern. So oder so: Beide Lösungen müssen das Land nicht schlecht sein. Auch wenn die Option einer Großen Koalition bei den Bürgern bislang nicht sonderlich populär ist. Im Wahlkampf sind zwischen Roten und Schwarzen die Fetzen geflogen. Das macht die Bildung einer Regierung nicht einfach. Andererseits stehen an der Spitze beider Parteien erfahrene Polit-Profis, die im Falle eines Falles die Rivalitäten vergangener Tage vergessen werden. Ob der Verhandlungsführer bei den Christdemokraten dann noch Bernd Althusmann heißt, steht auf einem anderen Blatt. Am Wahlabend feierten ihn die Parteifreunde noch mit „Bernie“-Rufen. Mal sehen, wie lange die anhalten.

norbert.holst@weser-kurier.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung

über die Österreich-Wahl: Seit Kurz handstreichtartig die ÖVP übernommen hat, hat er seine Partei völlig umgekrempelt und auf sich eingeschworen. Die Veränderung reicht viel weiter als das Umfärben von schwarz auf türkis und das Umetikettieren von ÖVP auf seinen Namen. Die eigentliche Revolution bestand in der Umgestaltung der alten und von Regionalfürsten und Interessengruppen gegängelten ÖVP, die sich seit der Abwahl Wolfgang Schüssels vor zehn Jahren in stetigem Niedergang zu befinden schien, in eine straff geführte Politikmaschine. Hinzu kommt die Anmutung einer jungen, unverbrauchten politischen Kraft.

Süddeutsche Zeitung

über Niedersachsen: „Nein, dieses ist nicht schon der Beginn der Wiederkehr der gewohnten politischen Verhältnisse. Nein, dieses Landtagswahlergebnis ist nicht eine erste Korrektur der Ergebnisse der Bundestagswahl. Nein, es sagt nicht, dass man nun einfach nur warten muss, und es schüttelt sich dann schon alles wieder irgendwie zurecht... Es ist noch lange nicht Zeit für Entwarnung. Wer so tut, als bahne sich drei Wochen nach der Bundestagswahl so etwas wie eine Normalisierung und Entneonazifizierung an, der wiegt sich in einer Sicherheit, die das Wahlergebnis von Niedersachsen nicht hergeben kann. Wichtig am Ergebnis ist dies: Es zeigt, dass die AfD kleiner wird, wenn es eine Polarisierung zwischen SPD und CDU gibt.“

Rheinische Post

über Björn Höcke auf der Buchmesse: „Jetzt ist man um die Erfahrung reicher, wie perfekt Auftritte inszeniert werden – wie jener des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke am publikumsöffnen Samstag – um große Effekte zu erzielen. Ein paar Minuten Aufregung, Sprechchöre und Schubereien garantieren schon eine ordentliche Beachtung und Nachbetrachtung... Doch Veranstalter müssen künftig noch genauer überlegen, wie solche Anlässe zur Provokation im Vorfeld verhindert werden können. Und ob es Sinn ergibt, den Dialog mit jenen zu suchen, die Austausch gar nicht wollen und verweigern.“

Hunger kann nicht mit der Agrarindustrie bekämpft werden

Marita Wiggerthale über den Welternährungstag

Wer sich Gedanken über Welternährung macht, muss auch über soziale Ungleichheit sprechen: Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu, mittlerweile besitzen die reichsten acht Menschen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese soziale Ungleichheit spiegelt sich auch im Ernährungssystem wider. Zum Beispiel bei der Landverteilung: In Lateinamerika verfügt ein Prozent von supergroßen Betrieben über genauso viel Land wie die restlichen 99 Prozent. Die Konzentration von Land ist dort höher als vor den Landreformen in den 1960er-Jahren. Weltweit nehmen Konflikte um Land und Wasser zu.

Gleichzeitig nimmt die Marktkonzentration im Agrar- und Ernährungssektor beängstigende Ausmaße an. Inzwischen kontrollieren vier Konzerne rund 70 Prozent des Weltagrarhandels und drei Konzerne dominieren 50 Prozent des Weltmarkts für Landtechnik. Wenn die Fusion von Bayer und Monsanto genehmigt wird, beherrschen zukünftig drei Konzerne mehr als 60 Prozent des globalen Marktes für kommerzielles Saatgut und für Pestizide.

Was hat das nun mit Hunger zu tun? Industrielle Ernährungssysteme haben dabei versagt, für alle Menschen eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Die großflächige Landwirtschaft wird ausgeweitet, kleinbäuerliche Erzeuger werden vom Markt gedrängt. Sie sind weitestgehend machtlos und schutzlos der „Marktmacht“ der Konzerne ausgeliefert. Böden werden zerstört, hochgiftige Pestizide wie

Glyphosat belasten Mensch und Umwelt. Die Folge: Menschen bleiben oder werden arm: Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte, werden verletzt. Das Ernährungssystem wird krisenanfälliger, insbesondere in Zeiten des Klimawandels. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Zahl der Hungernden im Jahr 2016 erstmals seit Jahren wieder gestiegen; um 38 Millionen auf 815 Millionen.

Was ist nun zu tun? Mit der Agenda 2030 hat sich die Staatengemeinschaft verpflichtet, Mangelernährung bis 2030 zu beenden. Die letzte Bundesregierung wollte den Hunger gemeinsam mit der Agrarindustrie bekämpfen. Diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt. Im neuen Koalitionsvertrag muss ein menschenrechtsbasierter Ansatz zur Beendigung des Hungers festgeschrieben werden, wie dies im Welternährungsausschuss der Vereinten Nationen der Fall ist. Die am

stärksten von Hunger betroffenen Gruppen müssen vorrangig geschützt werden, darunter arme kleinbäuerliche Produzenten, Indigene, Hirtenvölker und Frauen. Unerlässlich dafür sind Frieden in ihrer Heimat, die Förderung agrarökologischer Anbauverfahren, mehr Unterstützung der reichen Länder bei der Klimaanpassung und eine Begrenzung der Konzernmacht.



Unsere Gastautorin ist Referentin für Welternährung und globale Agrarfragen bei Oxfam Deutschland. Nach ihrem Studium war Wiggerthale als Generalsekretärin der Internationalen Katholischen Landjugendbewegung mit Sitz in Brüssel tätig.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.